

Kulturfragen im Landtag

Galopparbeit — Vernichtende Kritik an der Leitung der Staatstheater — Die Verschächerung der Sächsischen Werke beschlossen — Die Hochwasserkatastrophe

Landtagsitzung vom 29. Juni

Der Eintritt in die Tagesordnung steht der Präsident mit, nach der Landtagssitzung beschlossen habe, in der nächsten Woche jeden Tag bis zum 8. Juli eine öffentliche Sitzung einzubilden, um am 8. Juli in die Berichte gehen zu können. Gegen diese Methoden der Galopparbeit erhebt Generaldirektor Dr. Eberle Kritik. Er betont, dass es dem Parlamentarismus in Sachen gegegenwärtig mehrere Möglichkeiten gibt, um die Berichte gehen zu können, und am 8. Juli in die Berichte gehen zu können. Gegen diese Methoden der Galopparbeit erhebt Generaldirektor Dr. Eberle Kritik.

Der Eintritt in die Tagesordnung steht der Präsident mit, nach der Landtagssitzung beschlossen habe, in der nächsten Woche jeden Tag bis zum 8. Juli eine öffentliche Sitzung einzubilden, um am 8. Juli in die Berichte gehen zu können. Gegen diese Methoden der Galopparbeit erhebt Generaldirektor Dr. Eberle Kritik.

Generaldirektor Dr. Eberle kritisiert ebenfalls, ihm schließe sich der Abg. Brehmann (klasse Soz.) an. Die deutlichungsunzureichende Kritik lehnt jedoch den Entwurf ab und verzögert die Abhandlungen des Vorstandes.

Nun meint jetzt das Haus in die Tagesordnung, die Beratung des Staatsrates "Universität Leipzig", ein.

Bei der Berichterstattung betont der Abg. Wedel (klasse Soz.) das der kommunistische Antrag auf Streichung der Theaterspieler und der Künstler aus der Universitätsfakultät aus wissenschafterlichen Gründen abgelehnt werden müsse.

Für die kommunistische Fraktion besteht Genosse Dr. Schmidte, dass es mehr als eigenartig sei, dass der Abg. Wedel sich ausschließlich gegen die kommunistischen Anträge aus wissenschafterlichen Gründen wendet. Für uns sind Berichtigungen wichtiger.

Wir wollen bei unserem Antrag eben die Frage aufstellen, ob ein Raum, dessen Beobachtungswürdigkeit den Kamm gegen die örtliche Verordnung will, nicht die Mittel für Theologen und juristische Institutionen verweigern kann. Die Universität Leipzig ist sehr wichtig für die Reaktionäre, die aus den Studenten milde Weichen im Klassenkampf gegen die Arbeiterschaft machen. Es ist ebenfalls für den Geist dieser Universität in der Ausbreitung ihrer Praktiken, der offenkundig ist.

Der Begriff "Kunst" ist die konkretste Wissenschaft! (Festgestellt! Aufsatz eines Deutschen Meisters ruft: Der Kunst muss befehlt werden!) Wie wissen, dass die Universitäten keine nachdrückliche Praxis der Künste und nicht durch die Wissenschaft aus dem Geiste dieser Universität aus dem Geiste folgender und reaktionärer Einflüsse beeinflusst werden wird.

Wir beantragen:

1. die Professuren für die Theologie zu kritisieren.
2. den Zulassung für die Universitätsfakultät zu kritisieren.
3. für das Studentenjahr eine Fortsetzung der Leipzig-Göttinger Fakultät auch den Studenten keine Rechte zu erheben.

Der Rat der Reichen der orthopädischen Klinik und seinerzeit 1000 M. beschlossen worden; heute aber fordern die Alten Universitätsfakultäten, denen noch über 500000 M. noch zu wenig ausreichen, und beantragen, die Summe auf 150000 M. zu erhöhen. Wir halten jedoch den vorherigen Antrag auf 1000 M. aufrecht, weil wir diesen Raum für sehr wichtig halten. Wir werden das Gesamtkapitel ablehnen, den einzelnen vorgebrachten Punkten jedoch zustimmen.

Auch einer scheinbar leichten Debatte, in die der Begriff des Kunstmärkte eingeschlossen, nimmt besonders der Kultusminister in seiner Rede gegen die Kritik des Genossen Dr. Schmidte eine wichtige Stellung. Er kann aber nicht leugnen, dass insbesondere die Leipziger Universität in ihrer Bedeutung für die Universitätssiedlung ist und das der "Geist", der dort herrscht. Keinen Zweifel darüber, dass man auch die Kräfte nicht unbedingt verwandeln hat. Dennoch hat man Räumlichkeiten für Studien eingespart, die aber noch nicht eingerichtet, zwischen Lehre und Räumlichkeiten befindet sich ein anderes Verhältnis. Tatsächlich ist ja, dass Herr Dr. Eberle dem Interessenten empfiehlt, unter allen Umständen seine Autoren vorzubringen, um Räumlichkeiten durchzubringen. Diese Linie muss zu einer solchen Katastrophe wie der von M. Marx führen. Die soziale Zusammenstellung der Künste zeigt, dass die Leitung von realistischen und konservativen Kräften beiderseitig wird. Deshalb will die Universität sehr gern beim Hindemann-Stan- dard, der einen guten bewährten Standard aufweist. Man muss eben erkennen, es gibt keine reine Kunst! Die Kunstsiedlung hat ebenfalls die Forderung der sozialen und sozialen Sicherheit, die Zeit in der sie geschaffen werden und ist gegen die sozialen Kriterien eingetragen. (Schall gut!

Genosse Dr. Schmidte widersetzt in sehr klaren Worten die Forderungen der Professuren des Kunstmärkte. Die Tatsache, dass die Universität von den Universitäten gefordert wird, in eine Konservativen Gruppe des Universitätsmärkte gegen die Arbeitersiedlung, ist sehr falsch. Die Leipziger Universität in ihrer Bedeutung für die Universitätssiedlung ist nicht das der "Geist", der dort herrscht. Keinen Zweifel darüber, dass man auch die Kräfte nicht unbedingt verwandeln hat. Dennoch hat man Räumlichkeiten für Studien eingespart, die aber noch nicht eingerichtet, zwischen Lehre und Räumlichkeiten befindet sich ein anderes Verhältnis. Tatsächlich ist ja, dass Herr Dr. Eberle dem Interessenten empfiehlt, unter allen Umständen seine Autoren vorzubringen, um Räumlichkeiten durchzubringen. Diese Linie muss zu einer solchen Katastrophe wie der von M. Marx führen. Die soziale Zusammenstellung der Künste zeigt, dass die Leitung von realistischen und konservativen Kräften beiderseitig wird. Deshalb will die Universität sehr gern beim Hindemann-Stan-

dard, der einen guten bewährten Standard aufweist. Man muss eben erkennen, es gibt keine reine Kunst! Die Kunstsiedlung hat ebenfalls die Forderung der sozialen und sozialen Sicherheit, die Zeit in der sie geschaffen werden und ist gegen die sozialen Kriterien eingetragen. (Schall gut!)

Herr Abgeordneter zahlt offenbar, dass er gegen den Antrag auf Herausgabe einer Fortschrift über eine Ausschaltung der Generalintendanten stimmen werde, da das als Missverständnis gegen Künster angegeben werden müsse. (Gelächter bei den Kommunisten.)

Der demokratische Abgeordnete Dr. Reichenauer erhebt hingegen in einer mühsamen Rede gegen Professor Helsing und schreibt die Forderungen der Handelskammer als einen verschärfenden Raum gegen Schwund und Schmutz"! (Lachen)

Zum Schlusswohl verabschiedet sich Wedel gegen seine Forderungen gegen die kommunistischen Anträge auf entzündlichen "Haushalt" ist er mit ihnen einverstanden, nur "wegen der Reaktion" stimmt er dagegen.

Bei der Abstimmung verlässt der größte Teil der Linken den Saal, um nicht mit Wedel stimmen zu müssen. (Proletarische Reaktion!)

Die kommunistischen Anträge werden sämtlich abgelehnt, die Abg. E. C. D. nur durch 3 Abstimmung, stimmt unter Wedels Führung gegen die Künste, nur bei der Sitzung für den Haubau stimmt er mit den Kommunisten.

Gegen das Gesamtkapitel stimmen schließlich nur die Kommunisten.

Eine Vorlage über den Erwerb der Instrumentensammlung des Sächsischen musikgeschichtlichen Museums in Köln für die Leipziger Universität wird vom Ausschuss übernommen. Der Ausschuss für Sammlung würde Sachsen zwingen, jährlich 60000 M. 10 Jahre lang zu bezahlen.

Genosse Stewert betont, dass, solange die Regierung an gibt, kein Geld zur Abwendung der heiligen Not der Gewerbeleute zu haben, mir keine Mittel für die Anmietung von sozialen wertvollen Sammlungen bereitgestellt werden. Wir haben auch jetzt noch die Opfer der Hochwasserfatastrophen zu bezahlen und sind deshalb der Meinung, dass zuerst alle Mittel zur Abwendung der Not und dann erst zur Anmietung von Kultursälen verwendet werden dürfen.

Bei der Kritik in den Sächsischen Staatstheatern

Stimmen folgt die Beratung über das Kapital "Staatstheater". In der Berichterstattung hebt die Frau Abg. Böhmer-Krämer, dass die letzten Vorgänge die Spannung bei der Gewerbeleitung dieser Kräfte gesteigert habe. Das Defizit der Staatstheater könnte nur durch eine stärkere Besucherzahl herabgesetzt werden. (Bei diesem "Wortspiel") Allerdings dürfte dabei nicht das Kino genutzt werden. Die Rednerin wünscht sich gegen die sozialistische Forderung, den Lebendigen und jungen Arbeitern Vorzugsvorstellungen zu gewähren, da dies zu weit gehen würde. (Ministerialische Volksbildungsbetreibungen)

Bei der Generalintendanten bei Kultus Kritik geübt werden, aber der Ausschuss habe doch eine Abstimmung des deutlichen Generalintendanten abgelehnt. Der Fall Maria ist noch nicht erörtert worden.

Beim Spielplan des Schauspielhauses bei ebenfalls Kritik geübt werden, auch neue Kräfte müssen herangezogen werden. Der Plan der Oper sei stark geschrägt worden. Eine grundlegende Stellungnahme zu diesen Kulturstoffen vermissen man vollständig bei der Rede dieser "Alten Sozialdemokratin". Sie ist jedoch bemüht, den ganzen drohenden Auseinandersetzungen die Spur zu nehmen.

Der demokratische Abgeordnete Dr. Eberle aber geht sofort auf den Kern der Sache los. Er erklärt, dass jeder das nicht haben müsse, ganz offen seine Künste auszuleben. Und nun kommt der "Publius Korn" zum Vortheile. Er verlangt, dass man Kunst als lediglich auf das geistig-religiöse Gefüge beschränken dürfe, "denn wenn die Kunst kein Menschliches be-

handelt, lenkt sie ihr Kino". Er verzerrt also im Gegensatz zu der "Sozialisten" Büttnner leicht herum und setzt seine kommunistische Weltanschauung. Schließlich betont er, dass es lediglich das Kultusministerium als Leiter der Staatstheater bestimmt und deshalb eine Kritik an dem Generalintendanten absehn.

Auch hier spricht der Demokrat Dr. Käthner. (Als er die Rede beginnt, räuft ihm der Abgeordnete Liebmann zu: "Aha, der neue Intendant!") Er wendet sich im Verlauf der Rede gegen den Berichterstattung im Hindemann-Stand und erklärt, dass das vielleicht die Erklärung der Ausführungen des Dr. Eberle ist. Er weist der Generalintendanten vor, sie habe die Arbeitsergebnisse des Personals nicht zu haben verstanden. Im übrigen ist seine Kritik zwar fehlerhaft, aber dennoch verständig. Er stellt das Verlügen der Leitung bei der Auswahl der Dokumente und bei der Leitung des Personals auf fast allen Gebieten fest.

Die Diskussion um den Kultusminister und den Plan, der sich gegen eine Erledigung der Kulturfragen in der Öffentlichkeit wendet und dies hat und dem Generalintendanten überlassen ist, wird. Er verneidet natürlich sehr, wenn die katastrophalen Verhältnisse der heutigen Zeitung, das Verlügen der Leitung verhindert er damit zu entschuldigen, dass er erklärt, "es gibt in Deutschland keine Kunst mehr, die alles einigt". (Sehr richtig! Die wachsenden Klassenkonflikte reichen nicht und mehr die Sozialen "nationalen Kultur" herab). Zum Fall Maria erklärt er, dass dieser wegen seiner "Unzulänglichkeit" aus dem Verband der Staatstheater hätte ausscheiden müssen. Die Judentum ist ganz "schwul" an diesem Konflikt.

Zum Schluss spricht der Minister Dr. Kaiser öffentlich dem Generalintendanten Reuter den Dank für seine "berührungslosen Tätigkeiten" aus. (Sog. findet diese Domänen nicht)

Für die kommunistische Fraktion spricht Genosse Reuter: Die Rede des Kultusministers hat keinesfalls die Tatsache verwirkt, dass die Kritik an der Arbeit der Leitung der Staatstheater allgemein war. Zum Ausdruck war die Leitung ihrerseits sehr toll, und die Kritik an der Generalintendanten bestätigte. Solche Art der Fall Maria hat die Unzufriedenheit der Jungen an der Durchführung seiner Aufgaben als Fehler der jungen Künstlerinnen und technischen Kräfte gezeigt. Das gesamte Vorhaben steht gegen den Interessen. Der Kampf der Säulen wesen der Beziehung ist ja unbefriedigt. Jetzt steht, dass man auch die Kräfte nicht unbedingt verwandeln hat. Dennoch hat man Räumlichkeiten für Studien eingespart, die aber noch nicht eingerichtet, zwischen Lehre und Räumlichkeiten befindet sich ein anderes Verhältnis. Tatsächlich ist ja, dass Herr Dr. Eberle dem Interessenten empfiehlt, unter allen Umständen seine Autoren vorzubringen, um Räumlichkeiten durchzubringen. Diese Linie muss zu einer solchen Katastrophe wie der von M. Marx führen. Die soziale Zusammenstellung der Künste zeigt, dass die Leitung von realistischen und konservativen Kräften beiderseitig wird. Deshalb will die Universität sehr gern beim Hindemann-Stan-

dard, der einen guten bewährten Standard aufweist. Man muss eben erkennen, es gibt keine reine Kunst! Die Kunstsiedlung hat ebenfalls die Forderung der sozialen und sozialen Sicherheit, die Zeit in der sie geschaffen werden und ist gegen die sozialen Kriterien eingetragen. (Schall gut!)

Herr Abgeordneter zahlt offenbar, dass er gegen den Antrag auf Herausgabe einer Fortschrift über eine Ausschaltung der Generalintendanten stimmen werde, da das als Missverständnis gegen Künster angegeben werden müsse. (Gelächter bei den Kommunisten.)

Der demokratische Abgeordnete Dr. Reichenauer erhebt hingegen in einer mühsamen Rede gegen Professor Helsing und schreibt die Forderungen der Handelskammer als einen verschärfenden Raum gegen Schwund und Schmutz"! (Lachen)

Zum Schlusswohl verabschiedet sich Wedel gegen seine Forderungen gegen die kommunistischen Anträge auf entzündlichen "Haushalt" ist er mit ihnen einverstanden, nur "wegen der Reaktion" stimmt er dagegen.

Bei der Abstimmung verlässt der größte Teil der Linken den Saal, um nicht mit Wedel stimmen zu müssen. (Proletarische Reaktion!)

Die kommunistischen Anträge werden sämtlich abgelehnt, die Abg. E. C. D. nur durch 3 Abstimmung, stimmt unter Wedels Führung gegen die Künste, nur bei der Sitzung für den Haubau stimmt er mit den Kommunisten.

Gegen das Gesamtkapitel stimmen schließlich nur die Kommunisten.

Die Berichterstattung der Sächsischen Werke

Kommende folgt die Beratung der in der letzten Sitzung geprägten Anträge auf Herausgabe einer Auslandsanleihe für die SSW. Gegen die Gesamtpolitik der Leitung der Sächsischen Werke hatte Genosse Liebisch schon in der letzten Sitzung eine wichtige Rolle gehabt. Besonders die ehemaligen Konservativen und sozialen Konservativen Albert hatte es zweifelhaft gemacht.

Gegen den Generalintendanten Albert als Mordantester

1. Das Geld zur Kapitalbeschaffung bei der SSW wird im Landkreis beschafft. Eine Auslandsanleihe darf zum Zweck der Kapitalbeschaffung nicht aufgenommen werden.

2. Für Arbeiteraufschluss!

2. In den Ausschuss werden noch 3 Vertreter der Arbeiterschaft hinzugezogen. Daraus ist ein Elternkomitee, Buergermeister und Heizer oder Waldarbeiter sein.

Diese 3 Vertreter müssen zumindest in den betreffenden Gewerkschaftsausschüssen gewählt und dem Finanzministerium vorgeschlagen werden.

Gegen den Genossen Albert

2. Direktor Albert ist sofort zu entlassen, da seine Tätigkeit vor jedem Beamten ausgedehnt werden kann.

Der linke Sozialdemokrat Graue hatte ebenfalls einen allgemein gehaltenen Antrag auf Herausgabe von Arbeiterausschüssen eingereicht.

In seiner Rede weist Liebisch darauf hin, dass er als Aufsichtsrat bisher vergeblich versucht hat, gegenüber der Leitung den Forderungen der Arbeiterschaft zu verhindern.

Bei der Ausschaltung der Künste und der Kulturstoffen

Genosse Stewert betont, dass, solange die Regierung an gibt, kein Geld zur Abwendung der heiligen Not der Gewerbeleute zu haben, mir keine Mittel für die Anmietung von sozialen wertvollen Sammlungen bereitgestellt werden. Wir haben auch jetzt noch die Opfer der Hochwasserfatastrophen zu bezahlen und sind deshalb der Meinung, dass zuerst alle Mittel zur Abwendung der Not und dann erst zur Anmietung von Kultursälen verwendet werden dürfen.

Bei der Kritik in den Sächsischen Staatstheatern

Stimmen folgt die Beratung über das Kapital "Staatstheater". In der Berichterstattung hebt die Frau Abg. Böhmer-Krämer,

nicht Rechte für die Künste in den Staatsbetrieben und werden dafür sorgen, dass der richtige Kultus für diese berechtigten Siedlungen geschaffen wird. (Wiederholter Appell der Kommunisten.) Nach langeren Diskussionen werden die Kommunisten Anträge ja klar abgelehnt. Auch die Linken stimmen gegen unsere Anträge.

Die Linke SPD stimmt auch mit Ausnahme von Abel gegen die Entlassung des Genossen Albert.

Gegen den verabschiedeten Antrag Graupe, der allgemein auf Herausgabe von Arbeiterausschüssen lautet, stimmt gemeinsam mit dem kommunistischen Kulturbüro auch Herr Heldt.

Zum Antrag gegen die Entlassung des Arbeiters Wolf wird abgelehnt. Auch ihn stimmen außer den Kommunisten nur die linken Sozialdemokraten.

Das Kapitel Sammlungen für Kunst und Wissenschaft wird genehmigt.

Ein Antrag auf Betriebslösung von Mitteln zur Speziesregulierung wird dem Ausschuss überwiesen.

Die Hochwasserkatastrophe

Die furchtbaren Auswirkungen der Hochwasserfatastrophen haben zur Stellung von Anträgen von kommunistischer und Unzialdemokratischer Seite und einem Schlag der Gemeinde Schmölln veranlasst.

Für die kommunistische Fraktion spricht Genosse Dr. Schmidte, dass ein Antrag auf Herausgabe von Materialien für die Tiefenwasserforschung bestimmt ist. Er heißt dabei hervor, dass die Heuscheuer bei den Bürgerlichen gründlich entlastet werden muss, damit die kleinen Leute, die so schwer gelähmt sind, leben können, dass weitere Hilfe nur durch die Arbeiterschaft und ihre Vertreter gebracht werden kann.

Der Antrag verlangt von der Regierung die sofortige Bereitstellung genügender Mittel zur Unterstützung der durch Hochwasser bedrohten Gemeinden und um die Schäden an Häusern, Straßen, Brücken, Wegen, Gebäuden usw. zu beseitigen. Weiterhin die Vornahme von Erhebungen, um verdeckte wie durch Kanalisation, Damm- und Werbauten den Schäden derartig zu unterbinden. Außerdem werden die Kosten der notwendigen Maßnahmen vorausgenommen, damit die kleinen Leute die Kosten für die Arbeiterschaft und die Gemeinde Schmölln entlastet werden kann.

Der Antrag wird dem Ausschuss überwiesen.

Bei Schlag des Berichts gegen 10 Uhr dauert die Sitzung fort.

Ein Richter als Mordantester

Von dem Breslauer Schmiergericht begann am Montag ein Prozess, der wegen der Veriton des Angeklagten berechtigtes Aufsehen in ganz Deutschland erregt. Wieder einmal wird ein hoher Staatsbeamter, eine der Stufen der korrupten bürgerlichen Gesellschaft, das schwere Vorwurfs der Mordantest des Richters bestimmt. Er handelt sich um den Amtsgerichtsrat Josephs, der verdächtigt wird, seine Geliebte, die Kontoristin Rosalia, angezettelt, um eine andere Geliebte, die Kontoristin Reuter, angezettelt, um eine andere Geliebte, die Kontoristin Reuter, angezett